

Bundesaußenminister Guido Westerwelle ist am Dienstag zu Beginn seiner fünftägigen Nahostreise zu Gesprächen in Katar eingetroffen. Beide Länder würden sich für eine politische Lösung und einen friedlichen Übergang einsetzen, hieß es. Der Druck auf die Regierung von Baschar Al-Assad müsse weiter erhöht werden. In Deutschland werden unterdessen bereits die Geschäfte für die Zeit nach Assad geplant. Die »Freunde des syrischen Volkes« richteten mit Unterstützung der Bundesregierung und der Vereinigten Arabischen Emirate ein Büro in Berlin ein, wie die Financial Times Deutschland (FTD) in ihrer Dienstausgabe berichtete. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes sagte, die Regierung unterstütze das Büro der Arbeitsgruppe Wiederaufbau, »damit nach einem Ende der Gewalt nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich ein Neuanfang gelingt«. Ziel der »Freunde« sei »der Umbau des bisher von Staatsunternehmen geprägten syrischen Systems zu einer liberalen Marktwirtschaft«, faßt die FTD Sinn und Zweck des »friedlichen Übergangs« zusammen.

Syrien hat am Dienstag auf die Ausweisung eigener Vertreter aus westlichen Staaten reagiert und 17 Diplomaten zu unerwünschten Personen erklärt – unter ihnen die Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands. Das syrische Außenministerium erklärte, daß ein Dialog weiterhin für wichtig gehalten werde, dieser aber auf den Prinzipien der Gleichwertigkeit und des gegenseitigen Respekts beruhen müsse. Nach dem Massaker in Hula hatten mehrere Länder syrische Diplomaten des Landes verwiesen. Damit wurde suggeriert, daß Damaskus in jedem Fall für das Massaker verantwortlich sei – wer auch immer konkret die Tat ausgeführt hat.

Im Zuge eines Besuchs des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Peking haben China und Rußland am Dienstag erneut ihre gemeinsame Haltung zu Syrien betont. Die Gewalt in Syrien müsse sofort beendet und ein politischer Dialog aufgenommen werden, sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums. Beide Länder lehnten aber sowohl einen ausländischen Militäreinsatz, als auch einen erzwungenen Regierungswechsel in Damaskus ab.

Der russische Vizeaußenminister Gennadi Gatilow sagte, über die Zukunft Syriens müßten die Menschen im Land selbst entscheiden. Ein Modell wie in Jemen, wo sich der langjährige Präsident Ali Abdallah Saleh im Februar nach monatelangen Unruhen bereit erklärt hatte, die Macht an eine Übergangsregierung abzugeben, komme in Syrien nur in Frage, wenn auch die Opposition zu Verhandlungen und einem Ende der Gewalt bereit sei, so Gatilow.

Unterdessen wurden am Dienstag aus mehreren Städten der syrischen Küstenprovinz Latakia Kämpfe gemeldet. Nach Angaben der Regierung sind in den letzten Tagen um die 80 Soldaten getötet worden. Das Lager der Rebellen wird unterdessen täglich unübersichtlicher. Am Montag gab eine Gruppe namens »Syrische Rebellenfront« bei einer Pressekonferenz in Istanbul ihre Gründung bekannt. Sie wolle die Opposition vereinen, sagte ein Sprecher der Organisation und erklärte alle »arabischen und internationalen Initiativen« inklusive den Friedensplan des UN-Sondergesandten für Syrien, Kofi Annan, für gescheitert.

Das UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten teilte am Dienstag in Genf

## **Berlin bezahlt Rebellen**

Geschrieben von: Dr. Taha-Pascha

Donnerstag, den 07. Juni 2012 um 10:55 Uhr - Aktualisiert Freitag, den 08. Juni 2012 um 23:10 Uhr

---

mit, daß die syrischen Behörden einer Vereinbarung zugestimmt haben, nach der Hilfsorganisationen in die am stärksten von den Unruhen betroffenen Provinzen einreisen dürften.